

01.06.2014 **Versicherungsschutz**

# Änderung der Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht

*J. Heberer*



Gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI ist es für Beschäftigte und selbständig Tätige möglich, sich für die Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit, wegen der sie aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglied einer öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtung oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe (berufsständische Versorgungseinrichtung) und zugleich kraft gesetzlicher Verpflichtung Mitglied einer berufsständischen Kammer sind, von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreien zu lassen. Diese Vorschrift ist für Ärzte Rechtsgrundlage, um sich zu Gunsten der Mitgliedschaft im ärztlichen Versorgungswerk vollständig von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreien lassen zu können. Hierdurch wird eine doppelte Versicherungspflicht vermieden.

Nunmehr hat jedoch das Bundessozialgericht mit drei Urteilen (Az.: B 12 R 8/10 R, B 12 R 5/10 R und B 12 R 3/11 R) vom 31.10.2012 eine epochale Änderung in der Befreiungspraxis eingeläutet.

Von Bedeutung sind diese BSG-Entscheidungen für alle Pflichtmitglieder berufsständischer Versorgungswerke, die gleichzeitig aufgrund einer Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit pflichtversichert bei der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV) sind. Hierzu zählen somit auch Ärzte.

# Entscheidung des BSG – B 12 R 3/11

Aufgrund der Sachnähe wird allein auf dieses Urteil eir

In diesem Fall ging es um einen approbierten Arzt, der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit war. In Innendienst und sodann ab 01.05.2000 als Pharmaberz tätig.

Das BSG hat in seinen Entscheidungen aufgrund enger festgestellt, dass sich die Befreiung von der gesetzlich Beschäftigung bei einem konkreten Arbeitgeber oder c

Dies ergebe sich aus Sicht des BSG bereits aus dem ein Befreiung auf die „jeweilige“ Beschäftigung oder selbs Befreiungsentscheidung eine umfassende Befreiung v ausübte Beschäftigung des Betroffenen nicht in Bet nachfolgende Erwerbstätigkeiten ähnlich sein mögen. Befreiung von der Versicherungspflicht laut BSG gerad ausgeübten Beschäftigung oder selbständigen Tätigke Status oder Berufsbezeichnung bestimmt. Sondern die „Beschäftigung“ und „selbständige Tätigkeit“ ab, wes maßgeblicher alleiniger Anknüpfungspunkt für den Ur

## Auswirkungen

Mit dieser Rechtsprechung erteilt das BSG der bisherig Sozialgerichte, die den Begriff „jeweilige Beschäftigung Berufsgruppen im Sinne der „berufsgruppenspezifisch ausgelegt haben, eine klare Absage. Hiernach mussten Vergangenheit dann keinen neuen Befreiungsantrag st erfüllte. Der ursprüngliche Befreiungsantrag entfaltete

Das BSG definiert nunmehr jedoch die konkrete Besch Beschäftigung im Befreiungszeitpunkt angestellt war. Im Falle einer selb selbständige Tätigkeit im Befreiungszeitpunkt an.

Konsequenz dieser Rechtsprechung ist, dass bei jedem des Tätigkeitsfeldes die Befreiungswirkung endet und Beschäftigung/selbständige Tätigkeit bei der DRV gest

Die DRV weist in diesem Zusammenhang darauf hin, d jeder Arbeitgeberwechsel als auch jede wesentliche Än anzusehen ist.

Allerdings ist aus Sicht des Verfassers noch nicht abschließend zu klären, ob die DRV derzeit nach aktuellster Mitteilung wohl davon ausgeht, dass die Bundesärzteordnung (BÄO) und der (Muster-)Berufsausschuss für Ärzte und Zahnärzte noch nicht offiziell bestätigt worden. Von einer wesentlichen Änderung der Rechtslage ist solange die Tätigkeit weiterhin dem in § 1 Abs. 2 MBO vorgesehenen Ärzten vorbehalten, die Gesundheit zu schützen und wiederherzustellen, an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen im öffentlichen Interesse mitzuwirken) entspreche. Nachdem der Arztberuf gemäß § 1 Abs. 2 MBO demnach müsse nach dieser Auffassung der DRV die Befreiung von der Approbation solche sein, deren Ausübung die Approbation voraussetzt, ist es nicht verwunderlich, dass ärztliche Tätigkeit.

Dies bedeutet nach Meinung des Verfassers, dass nur eine ärztliche Approbation erforderlich ist, eine Möglichkeit und nicht mehr wie bislang für Tätigkeiten, deren Voraussetzungen zu dieser geänderten Auffassung der DRV geführt haben. In jüngst ergangener Urteile des BSG vom 03.04.2014 (Az. B 12/14 S 1) wird ein Befreiungsanspruch für abhängig beschäftigte Syndikalanwaltliche Tätigkeit vorliegt, auf die verfassungs- und rechtsanwaltschaftliche Tätigkeit nach der Bundesrechtsanwaltsordnung. Pressemitteilung BSG vom 03.04.2014, Medieninformation [http://www.bsg.bund.de/DE/03\\_Medien/02\\_Medieninformationen/PDF/Beschluss\\_12\\_14\\_S\\_1.pdf](http://www.bsg.bund.de/DE/03_Medien/02_Medieninformationen/PDF/Beschluss_12_14_S_1.pdf).  
Liegen die schriftlichen Urteilsgründe hierzu noch nicht vor, kann Auskunft darüber erteilen, ob und inwieweit diese Anwendung finden können. Sollte diese Auffassung sich bestätigen, im Rahmen seiner Beschäftigung wohl zumindest

Indiz für die Notwendigkeit eines neuen Befreiungsantrags ist die  
Tätigkeitsfeldänderung eine arbeitsvertragliche Anpassung der  
Organisationsstruktur ohne wesentliche Umgestaltung der  
Verantwortlichkeiten nicht zu berücksichtigen seien.

Zur Verdeutlichung werden folgende Beispielsfälle auf bestätigten Rechtsauffassung der DRV entsprechen:

- Der Wechsel eines Arztes im Krankenhaus von einer  
bzw. Chefarzt stellt aus Sicht der DRV keine wesentliche  
Arbeitsvertragsänderung (vgl. zudem DRV „Änderungen  
10.01.2014, [http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/5\\_Services](http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/5_Services))
- Dies gilt auch für den in Weiterbildung befindlichen  
Praxis oder im Krankenhaus vorliegt, solange als Facharzt  
stattfindet.

- Hingegen beurteilt die DRV den Fall anders, in dem er dauerhaft bei einem anderen Arbeitgeber eine ärztliche Befreiung der Arzt eine neue Befreiung.
- Ebenso verhält es sich aus Sicht der DRV, wenn ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer seine selbstständige Tätigkeit als eine Angestelltentätigkeit ausübt. Für diese Angestellten gilt die Befreiung.
- Für die Konstellation, in der ein Arzt für denselben Arbeitgeber eine nicht dem typischen Berufsbild entsprechende Tätigkeit ausübt, ist darauf abzustellen, welche Tätigkeiten innerhalb des Berufsbildes dessen Charakter bestimmen. Ein neuer Befreiungsantrag ist nur im Gunsten der nicht dem typischen Berufsbild entsprechenden Tätigkeit zu berücksichtigen.

Inwieweit die DRV diese Rechtsauffassung zur Befreiung bestätigen wird und bei welchen Kriterien vor allem die Änderung des Tätigkeitsfeldes annehmen wird, bleibt zu beobachten, sodass eine gewisse Rechtsunsicherheit bestehen bleibt.

Hinsichtlich der Antragstellung ist zu beachten, dass die Befreiung nur ab Wechsel des Tätigkeitsfeldes erfolgen muss. Der Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme bzw. des Wechsels ist entscheidend.

Andernfalls gilt die Befreiung erst ab dem Zeitpunkt der Aufnahme der neuen Tätigkeit, die es zu vermeiden gilt. Selbstverständlich kann die Befreiung auch vor dem Tätigkeitswechsel gestellt werden.

## Behandlung sog. Altfälle (Beschäftigung vor dem 31.10.2012)

Fraglich ist zudem, wie sog. Altfälle, also Fälle mit Beschäftigung vor dem 31.10.2012 behandelt werden.

Auch hier verfolgt das BSG in seinen oben genannten Prüfungsansatz, wonach auch § 231 SGB VI für die Fortsetzung der Befreiung abzustellen ist. Es geht um die Fortsetzung der Befreiung, die während der ursprünglichen Befreiung vor dem 31.10.2012 erteilt wurde. Die Fortwirkung einer vor dem 1.1.1992 erteilten Befreiung auf die Beschäftigung oder selbstständige Tätigkeit möglichst seit dem 31.10.2012 ist die Meinung des Verfassers im Ergebnis, dass das BSG hier

Die DRV vertritt hingegen die Auffassung, dass für berufliche Beschäftigung eine klassische berufsspezifische Tätigkeit vor dem 31.10.2012 eine derartige Tätigkeit weiterhin in der Beschäftigung besteht. Die DRV ging in der Vergangenheit

Arbeitgeberwechsel gültig blieb, wenn der neue Arbeit Tätigkeit ausgeübt wurde. Die bisherige Praxis wird so weiter angewandt. Soweit also Ärzte, die eine ärztliche derzeitige Beschäftigung/Tätigkeit vor dem 31.10.2011 des Verfassers keinen neuen Befreiungsantrag stellen. Folgt zwingend ein neuer Befreiungsantrag gestellt werden. Antragstellung zur Klärung erfolgen (vgl. DRV, a. a. O.).

Dieser Vertrauensschutz gilt nach Auffassung der DRV Beschäftigungen bei Ausübung einer anderen berufsspezifischen Tätigkeit für die Ausübung einer berufsspezifischen Beschäftigung jedoch durch einen Arbeitsplatzwechsel von dieser Beschäftigung. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI nur berufsspezifische Tätigkeit. Ein neuer Befreiungsantrag die konkrete Arbeitsplatzbeschreibung des Verfassers, dass in solchen Fällen ein neuer Befreiungsantrag

Folglich ist aus juristischer Sicht zwingend zu empfehlen, dass eine schriftliche Bestätigung der DRV über die Weitergeltung der Befreiung der Beschäftigung vorliegt, die Antragstellung nachzuholen. Möglicherweise ist diese als berufsspezifisch einzuordnen.

Liegen die Befreiungsvoraussetzungen vor, wird ab der Auskunft der DRV sind weder zukünftig noch für die Vergangenheit für diese Beschäftigung zu zahlen, damit ein lückenlos gewährleistet werde (vgl. DRV, a. a. O.).

Aus den aktuellen Urteilen des BSG vom 03.04.2014 lässt sich die Auffassung vertritt, dass die Inhaber einer begünstigten Altersvorsorge Vertrauen in den Fortbestand dieser Entscheidung hätten. Eine Änderung der Befreiungsentscheidungen grundsätzlich und in aller Regel nicht. (vgl. BSG vom 03.04.2014, a. a. O.). Allerdings kann mangels Beantwortung werden, ob das BSG auch den Vertrauensschutz einer Änderung der Tätigkeit bejaht.

## Empfehlung

Nachdem derzeit nach Kenntnis des Verfassers zum einen eine Änderung des Tätigkeitsfeldes vorliegt, ist aus juristischer Sicht ein Aufgaben- oder Funktionswechsel sicherheitshalber ein neuer Befreiungsantrag zu empfehlen, sich mit dem BSG zu setzen, um abzuklären, ob eine aktuell wirksame Befreiung vorliegt und zur Sicherheit einen Befreiungsantrag zu stellen.

Sollte im Rahmen einer Betriebsprüfung weder ein alter noch ein neuer Betriebsprüfungsbescheid in den Unterlagen des Arbeitgebers vorliegen, werden die Unterlagen für den vergangenen Zeitraum unmittelbar eingefordert. Es kann eine negative Rentenversicherung kommen, wenn kein positiver Akt vorliegt, um dies folglich zu vermeiden.

*Heberer J. Änderung der Befreiung von der gesetzlichen  
2014 Juni; 4(06): Artikel 06\_01.*